

KOLUMNE

Öffentlichkeit tut gut

GÜNTER SONNTAG
ZU ARGUMENTEN UND
IHREN WIRKUNGEN

gunter.sonntag@freiepresse.de

Forum (lat.) Altrömischer Markt, Öffentlichkeit, öffentliche Diskussion – so ist es nachzulesen im Duden, der immer noch zu den am meisten benutzten Nachschlagewerken unserer Zunft, der Journalisten, gehört.

Ich spüre schon den Aufschrei der Germanisten, der Deutschlehrer und all jener, die sich oft noch mit alten und bewährten Eselsbrücken aus der Schulzeit mit der deutschen Sprache und dem Zeitung lesen beschäftigen. Bei der täglichen Lektüre der Heimatzeitung werden sie immer wieder mit der Nase darauf gestoßen. Ergebnis: Da rufe ich jetzt doch gleich einmal an. „Ja, hallo. Sie haben heute einen Fehler in der Zeitung. Haben Sie kein Rechtschreibprogramm? Das kann doch gar nicht sein. So etwas müssen Sie doch merken.“

So oder so ähnlich beginnen die Gespräche. Meist enden sie gütlich mit dem Versprechen seitens der Redaktion: Wir werden stärker darauf achten, um weniger Fehler in der Zeitung zu haben. Damit das nicht leere Worte bleiben, werten wir täglich in unserer Konferenz das vorliegende Produkt gemeinsam aus. Und die Hinweise unserer Leser spielen dabei eine wachsende Rolle.

Apropos öffentlich. Damit bin ich schon wieder beim Forum. Leserforum – so steht es über dieser Seite. Tatsächlich ist sie eine unserer öffentlichsten Seiten in der gesamten Zeitung. Leser und Redakteure diskutieren in aller Öffentlichkeit, sozusagen mit Name und Adresse, über politische Ansichten, Nachrichten in der Zeitung und über Erfahrungen aus dem unmittelbaren Lebensumfeld. Je vielfältiger der Meinungs austausch auch zwischen Lesern gestaltet wird, desto interessanter ist unsere Seite „Leserforum“.

Sie ist zum Teil des demokratischen Dialogs innerhalb der Gesellschaft in der Region geworden und trägt damit dazu bei, unsere Zeitung lesenswert und heimatverbunden zu gestalten. Dass sich ein Leser auch einmal Luft verschaffen kann und seinem Ärger freien Lauf lässt, ist dabei normal. Dennoch achten wir darauf, dass Sachlichkeit, Überzeugungskraft und Richtigkeit der Aussagen den Inhalt der veröffentlichten Argumentation bestimmen. Das gehört zur journalistischen Sorgfaltspflicht und unserem Berufsbild.

Natürlich wollen wir die öffentliche Diskussion mit unserer Seite befördern. Ein weiteres Stichwort in diesem Zusammenhang ist Vielfalt. Oft rufen uns Leser an und teilen uns ihre Meinung mit. Unserem Wunsch, diese per Brief oder E-Mail an uns zu übermitteln, kommen noch zu wenige nach. „Dafür habe ich keine Zeit“, ist oft das Argument. Schade eigentlich, denn Ihre Meinung könnte dazu beitragen, die Seite noch vielfältiger und näher am Leser zu gestalten.

Also, liebe Leserinnen und Leser, trauen Sie sich ruhig Ihre Meinung, gerne auch kurz und knapp, an uns zu übermitteln. Ganz im Sinne des Forums – der Öffentlichkeit.

BRIEFKASTEN

Schicken Sie Ihre Briefe an:

Freie Presse
Ressort Chef vom Dienst
Postfach 261
09002 Chemnitz.
Fax: 03 71/656-17044
E-Mail: leserbriefe@freiepresse.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinnwährend zu bearbeiten. Die Lesermeinungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. E-Mails müssen die vollständige Adresse enthalten. Anonyme Zuschriften werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

Der Neue soll es besser machen

Christian Wulff trat nach den Entwicklungen der letzten Wochen zurück. Joachim Gauck steht jetzt als Kandidat für das Präsidentenamt bereit.

Verhalten moralisch verwerflich

Das muss für Angela Merkel wie ein Schlag ins Gesicht sein, ihren Fehler von 2010 öffentlich korrigieren zu müssen. Jetzt bekommen wir wieder einen Bundespräsidenten, der nicht das macht, was im Interesse von Parteien liegt, sondern dem Volk zum Nutzen gereicht. Mir ist der Rücktritt des ehemaligen Ministerpräsidenten Christian Wulff, um Bundespräsident werden zu können, genau so sauer aufgestoßen, wie seinerzeit das Taktieren der SPD, die die Landtagswahlen abgewartet hat, um den aussichtsreicheren Kandidaten als Bundeskanzler zu nominieren. Damals war der „Napoleon des Saarlandes“ dann Finanzminister geworden, hatte aber das Amt hingegeben, als er feststellen musste, dass er Schröder nicht als seine Marionette tanzen lassen kann. Jetzt hat ein geld- und machtgieriger Parteisoldat, der nur durch Fraktionsdisziplin im dritten Wahlgang zum Bundespräsidenten gekürt wurde, dieses Amt und dessen Ansehen schwerstens beschädigt. Sicherlich wäre es nicht soweit gekommen, wenn dieser Mann Charakter bewiesen und ihn Frau Merkel nicht hätte halten wollen. Klar, er hat, nach seiner immer wieder betonten Meinung, juristisch nichts falsch gemacht (was nicht sicher ist, denn sonst würde die Staatsanwaltschaft jetzt nicht gegen ihn ermitteln), aber er hat bis zum heutigen Tag anscheinend immer noch nicht begriffen, worauf es in diesem Amt besonders ankommt: Moralisch und ethisch ist sein Verhalten verwerflich. Diese Einsicht erwartet man wohl vergeblich bei Herrn Wulff. Schlimm wäre es, wenn nun auch noch der Ehrensoldat gezahlt würde.

Horst Ellinger, Bad Elster

Eine Fußnote in der Geschichte

Christian Wulff ist also nicht mehr Bundespräsident. Für ihn hat sich die Sache erledigt. Es ist nur beachtlich, wie jemand, trotzig und bockig wie ein beleidigtes Kind, abtritt. „Ich habe mich in meinen Ämtern stets rechtlich korrekt verhalten. Ich habe Fehler gemacht, aber ich war immer aufrichtig.“ Nur mit der Moral hapert es ein wenig. Aber das ist nicht weiter schlimm, da hapert es bei anderen Politikern auch. Was bleibt von ihm, außer der Satz „Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“? Eine Fußnote in der Geschichte des Präsidial-Amtes.

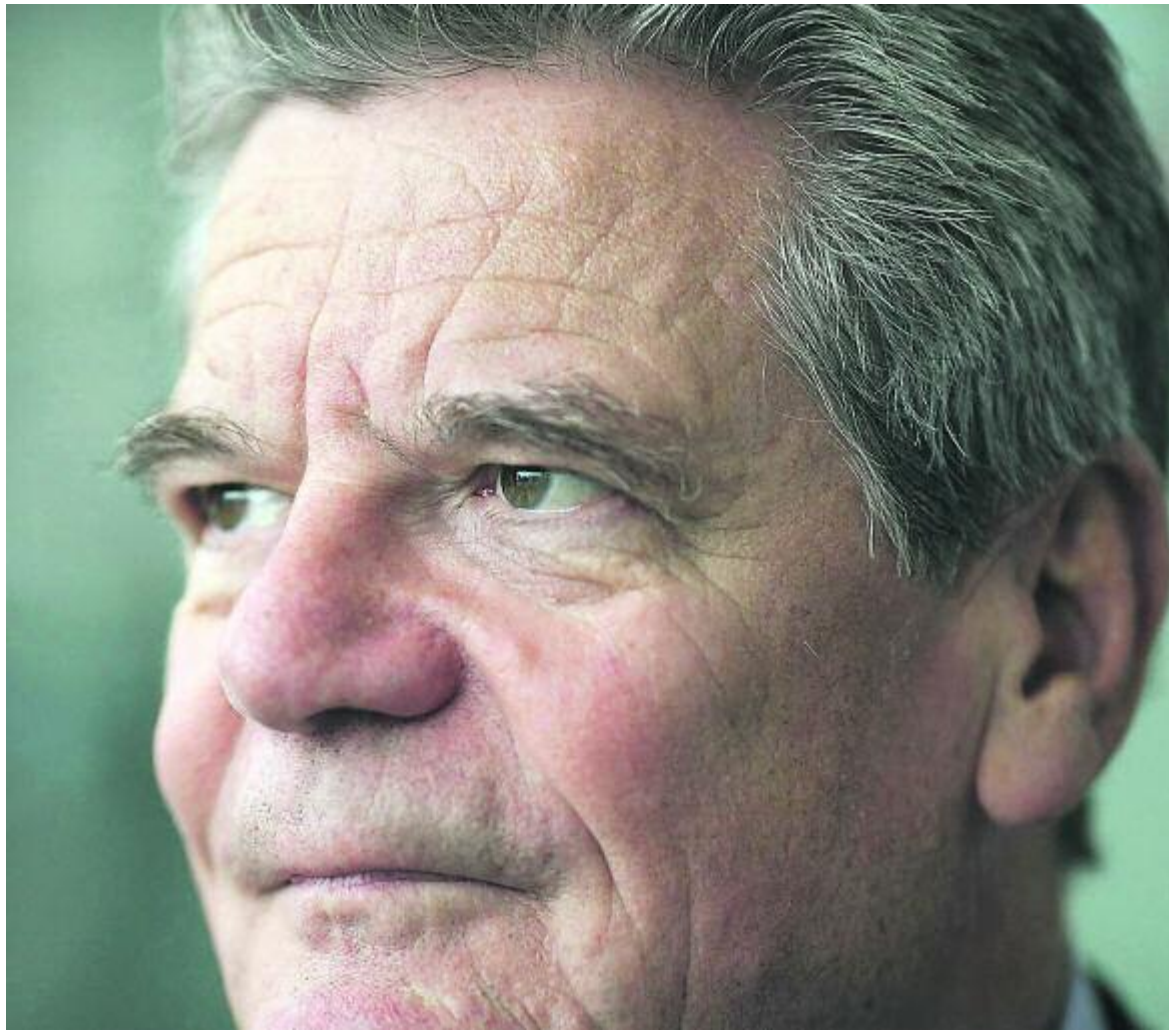
Die Bedingungen müssen passen

In der Diskussion um eine zusätzliche Abgabe für kinderlose Paare äußern sich die Leser überwiegend kritisch.

Es geht um die Altersversorgung

Den Vorstoß einiger CDU-Abgeordneter des Deutschen Bundestages halte ich für längst überfällig. Es handelt sich dabei doch keineswegs um eine „Strafsteuer“ für Kinderlose, sondern um eine Anspruchssicherung für die eigene Rente. Unser Rentensystem funktioniert doch so, dass der „aktuelle Rentner“ seine Rente vom „aktuell Arbeitenden“ finanziert bekommt. Reicht die Renterrücklage nicht aus, wird der Rentenversicherungsbeitrag erhöht, ohne dass deshalb der eigene Rentenanspruch steigt.

Wer diese Maßnahme ablehnt, hat eigentlich keinen Anspruch auf eine gesetzliche Rente. Er müsste sich also ausschließlich privat versichern.



Joachim Gauck soll am 18. März zum neuen Bundespräsidenten gewählt werden.

FOTO: SEBASTIAN WILLNOW/DAPD

Hoffentlich ohne Ehrensold. Seine Frau, so scheint mir, ist da weniger am persönlichen Ende. So wie sie hochoberes Hauptes davon stoltzierte ...

Albrecht Krenbauer, Chemnitz

Sehr bemerkenswert

Die Vorstellung unseres zukünftigen und würdigen Bundespräsidenten hielt schon mindestens zwei bemerkenswerte Äußerungen parat. Zum ersten als Herr Gauck erklärte, dass er aus dem Taxi komme und noch nicht einmal gewaschen wäre. Hier können alle Menschen unbesorgt und beruhigt sein, ein Joachim Gauck ist immer sauber, auch wenn er einmal noch nicht frisch gewaschen sein sollte. Zum anderen war Frau Merkel ungewohnt offen, als sie die Unterschiede zu Herrn Gauck herausstellte. Nun gehören die beiden höchsten Ämter in der Bundesrepublik bald zwei sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten, deren Wurzeln in der ehemaligen DDR liegen. Das ist im höchsten Maße bemerkenswert.

Thomas Dietz, Lugau

Endlich zurück getreten

Endlich, der Bundespräsident Christian Wulff ist zurück getreten. So einer wie er hat kein Recht auf das höchste Amt, was in Deutschland zu

vergeben ist. Er hat das Amt des Bundespräsidenten sehr stark beschädigt, das ist das einzige, was Wulff als Bundespräsident getan hat.

Mirko Bonitz, Lugau

Rege Ermittlungstätigkeit

Wenn man bedenkt, was hoch bezahlte Persönlichkeiten und viel beschäftigte Politiker, während ihrer kargen Freizeit oder stressigen Arbeitszeit, so alles über unseren Bundespräsidenten herausgefunden haben, man kann nur staunen. Von günstig geleasten oder über günstige Konditionen bekommenen Autos für sich und seine Gattin, über Urlaubsreisen, Festessen und dergleichen mehr. Nicht nur die jetzige Zeit wird akribisch untersucht, sondern auch die vergangene Zeit als Ministerpräsident wird durchleuchtet. Nach der Affäre Guttenberg hat man wieder ein Opfer gefunden, an dem man sich genüsslich austun kann. Ich möchte bezweifeln, ob nicht auch ein jeder dieser „Schnüffler“ etwas „Dreck am Stecken“ hat, der eine mehr, der andere weniger.

Bei all dieser regen Ermittlungstätigkeit, die sich quer durch alle Fraktionen zieht, würde es mich nicht wundern, wenn irgendwelche Schriftstücke oder Akten auftauchen, die belegen, dass es bei der Geburt schon zu Unregelmäßigkeiten und danach zu Bevorzugungen und

Vergünstigungen im Krankenhaus gekommen ist und der erste Kindergarten zu sehr günstigen Konditionen oder Leasingraten seiner Eltern übergeben wurde – Übergabe ab Werk, versteht sich. Alles unter dem Strich betrachtet, muss man sagen: Armes Deutschland, haben wir wirklich keine anderen Sorgen?

Erhard Gündel, Schwarzenberg

Linke wird ausgegrenzt

Herr Wulff hat das Amt beschädigt, so ist die politische Aussage mancher Politiker. Da vollzog sich also in unserem Land ein demokratischer Prozess. Es ist ein hohes Gut, mit diesem Ziel die Pressefreiheit zu gewährleisten und das erfüllt sich meines Erachtens nur mit verantwortungsvollem Umgang mit dieser Freiheit.

Wenn aber die Kanzlerin nur die Oppositionsparteien SPD und Grüne einbindet, aber die Linke zu solchen Gesprächen nicht einbezieht, wird die Demokratie wesentlich verletzt. Auf der Plattform des Bundestages im Internet kann jeder lesen: „Der Bundestag wird vom Volk gewählt und ist der Ort, an dem unterschiedliche Auffassungen über den richtigen politischen Weg formuliert und diskutiert werden.“ Zur Vorbereitung der Inhalte wird jedoch „Die Linke“ mit 76 Sitzen ausgegrenzt und die 68 Mitglieder der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einbezogen.

Heinz Laske, Chemnitz

Gegnerschaft klatscht Beifall

Für den Rücktritt des Bundespräsidenten habe ich den größten Respekt. Herr Wulff hat die Konsequenz aus den Anschuldigungen gezogen. Er und seine Frau Bettina konnten wir bei seiner Amtseinführung persönlich kennenlernen. Viele dieser gegen ihn gemachten Vorwürfe lagen ja auch schon einige Zeit zurück. Jetzt klatscht natürlich die Gegnerschaft Beifall und sagt, wir haben es geschafft. Nun schauen wir, ob sein Nachfolger alles besser macht und das Amt mit Würde trägt.

Bernad Walluszek, Penig

Bürger wollen Direktwahl

Die meisten Bundesbürger wünschen sich, dass der Bundespräsident vom Volk direkt gewählt wird. Das würde bedeuten, das Grundgesetz für die Bundesrepublik zu ändern. Aber wir werden ja diesbezüglich nicht gefragt, so wie das auch bei der Einführung des Euro, der Aufnahme von Euro-Ländern, der Rechtschreibreform und vielen anderen Angelegenheiten der Fall war. Ist es so schwer, Althergebrachtes zu ändern und Neues zu beschließen? Unabhängig von der Frage, ob wir einen Bundespräsidenten überhaupt brauchen, sollte die Suche nach einer Person in dieser Funktion nicht im Streit nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgen. Aus diesem Grund findet der parteilose Kandidat Joachim Gauck meine volle Zustimmung.

Horst Blechschmidt, Altensalz

Zu viele Ungereimtheiten

Mehr als die Hälfte aller Bundesbürger fanden es unerträglich, dass Christian Wulff nicht schon längst zurückgetreten ist. Zu viele kleine Ungereimtheiten hätten schon viel früher zu dem Entschluss führen müssen. Auch gibt es viele Stimmen, die Mitleid mit Christian Wulff haben. Er sei doch genauso einzustufen wie alle anderen Politiker. Wird Christian Wulff auf den Ehrensold des Bundespräsidenten verzichten? Was wird, wenn die Staatsanwaltschaft Hannover zu dem Ergebnis kommt, dass der ehemalige Ministerpräsident Wulff sich der Vorteilsnahme schuldig gemacht hat? Wird Christian Wulff auf die Altersbezüge eines Ministerpräsidenten verzichten wollen? Das Amt des Bundespräsidenten ist schwer beschädigt, nicht nur im Lande, auch in der übrigen Welt blicken Menschen ungläubig auf Deutschland.

Jürgen Hempel, Lüneburg

KURZ UND KNAPP

Zur Abwahl des Duisburger Oberbürgermeisters Sauerland.

Ein klares Votum gegen seine Amtsführung. Allerdings dürfte das für den Abgewählten kein Grund zur Traurigkeit sein. Er hat sich nun nicht mehr mit aufmüpfigen Bürgern auseinanderzusetzen, erhält fürs Nichtstun 71,75 Prozent seiner Dienstbezüge. Ist dagegen ein Arbeitgeber mit seinem Mitarbeiter nicht mehr zufrieden und er kündigt ihm sogar fristlos, erhält dieser drei Monate kein Geld vom Amt und er muss sehen, wie er seinen Lebensunterhalt bestreitet.

Gabriele Weber, Ehrenfriedersdorf

Zur Diskussion um die Jagd und den Umgang mit Wölfen.

Ja, Jagd ist verantwortungsvolle nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen. Sie ist aber auch eine unentgeltliche Dienstleistung der Jäger für Natur und Gesellschaft und somit aktiver Naturschutz. Luchs und Wolf sind schon immer durch den Osten Deutschlands gezogen. Das Problem scheint mir im Lobbyismus zu liegen.

Werner Schönfelder, Morgenröthe-Rautenkranz



Spielende Kinder, die Zukunft unserer Gesellschaft.

FOTO: ADAM BERRY/DAPD

chern. Wenn er dann noch das Geld, dass er durch den „Verzicht“ auf Kinder (egal ob gewollt oder ungewollt) „einspart“, in seine Rentenversicherung einzahlte, wäre die eigene Versorgung im Alter wohl gesichert.

Es geht nicht darum, jemandem einen bestimmten Lebensstil aufzuzwingen, es geht vielmehr darum, die Solidargemeinschaft unserer Gesellschaft auch in Zukunft zu erhalten.

Joachim Seeger, Treuen

Kindermangel hausgemacht

Meines Wissens sind kinderlose Arbeitnehmer schon jetzt steuerlich schlechter gestellt, als Eltern mit Kindern. Was ist mit Paaren, die viel Kraft und oft auch Geld investiert haben, um Kinder zu bekommen, ohne Erfolg? Was wäre mit Menschen, die sich nicht binden wollen oder können? Wie sollen gleichgeschlechtliche Paare zu Kindern kommen? Bessere Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern wür-

den dem vorhandenen Kindermangel in unserem Land auch gezielt entgegenwirken.

Roland Lochner, Niederwiesa

Ganz schön gewagte Thesen

Was die Gruppe sächsischer CDU-Bundestagsabgeordneter so von sich lässt, ist gelinde gesagt Dummheit hoch zehn. Da reden diese Grünlinge von Kindern für Kinder oder keine Kinder.

Ich dachte immer, dass solche Mitmenschen ein Gewissen haben. Leider ist das nicht so. Sie reden von Familien. Ganz schön gewagt. Sollten lieber darüber nachdenken, dass man Familiengrüdern Arbeit gibt, mit ordentlicher Basisbezahlung, Beruf, gute Entlohnung, bezahlbare Wohnungen. Da werden die Kinder nur so purzeln. Keiner wird weggehen, wenn die Bedingungen da sind. Solche Bremslichter braucht eigentlich niemand. Gott schütze Europa vor solchen Politikern, Gott schütze Sachsen vor Familienfeindlichkeit.

Karl-Heinz Dehs, Amtsberg